



Grenzdramen und Verwaltungsroutine

Sterben, wo andere Urlaub machen. Wasserleichen werden zwischen die Sonnenbadenden an kanarische und andalusische Strände gespült. In natodrahtbewehrten Zäunen spanischer Enklaven auf marokkanischem Territorium flattern blutige Kleidungssetzen erfolgloser Grenzgänger im Wind. Griechische Küstenwächter prügeln Asylsuchende zurück in die See. Nordafrikanische Türsteherstaaten verhaften im europäischen Auftrag durchreisende Flüchtlinge, internieren sie in Lagern oder deportieren sie in die Wüste. Europaweit organisierte Abschiebungsflüge liefern die Geflüchteten an ihre Herkunftsländer aus. Die europäische Flüchtlingsabwehr fordert zu Lande, zu Wasser und in der Luft jährlich viele Tausend Opfer.

Multilaterale Abschottungspolitik hat nationale Entsprechungen. Im Grenzland zu Dänemark sind 600 Bundespolizisten allein mit dem Aufspüren durchreisender Flüchtlinge beauftragt. Länderinnenbehörden isolieren Flüchtlinge in zentralen Lagern. Abgesehen von irakischen Anträgen sind die Asylquoten weiterhin im Keller. Die EU-Kommission fordert von Deutschland wiederholt ein Verfahren ein, das insbesondere Kinder und Jugendliche effektiv schützt. Bei zahlreichen Anerkannten wird der Flüchtlingsstatus widerrufen. Die Integration von Flüchtlingen ist nicht gewünscht. Härtefallkommissionen beweisen Härte. Krankheit erfährt keine Rücksicht und Kinderflüchtlinge erleben keine echte Obhut. Mancherorts westdeutscher Verwaltungsrassismus steht dem im Osten nichts nach. Initiativen gegen Abschiebung drohen Ermittlungsverfahren. Von Abschiebung Bedrohte fliehen in den Suizid. Rückkehrberatung mündet in eine Zukunft ohne Perspektive.

Doch es gibt auch Hoffnung: Nach anhaltenden Protesten hat das zuständige Bundesamt die Widerrufspraxis zumindest für Flüchtlinge aus dem Irak nahezu eingestellt und erkennt die aus dem Bürgerkrieg fliehenden Menschen inzwischen überwiegend als Flüchtlinge an. Mittlerweile wird auch in mehr Fällen geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund gewürdigt – UNHCR spricht von einem „Paradigmenwechsel“. Die Europäische Qualifikationsrichtlinie wurde zwar nur unzureichend in die nationale Gesetzgebung übertragen, sie ist aber unmittelbar geltendes Recht und bietet neue Möglichkeiten der Durchsetzung von Schutzansprüchen. Die gesetzliche Altfallregelung weckt bei Geduldeten in Deutschland neue Bleiberechtshoffnungen. Jugendliche Flüchtlinge organisieren sich bundesweit und debattieren selbstbewusst und öffentlich den innenpolitischen Mainstream. Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung fordert die Öffnung des Arbeitsmarktes für Flüchtlinge. Flüchtlingsinitiativen setzen erfolgreich die Rückholung zuvor abgeschobener afrikanischer Kinder durch. Die Hoffnung überlebt im Kirchenasyl.

Mit den hier gebündelten Beiträgen wird den Leserinnen und Lesern ein flüchtlingspolitisches Wechselbad eingelassen. Das Heft ist ein Gemeinschaftsprodukt der in den Bundesländern engagierten Flüchtlingsräte und gibt Einblicke in die gemeinsamen wie auch in die vor Ort unterschiedlichen Themen. Die Reportagen schlagen einen Bogen von den alltäglichen Dramen an den EU-Außengrenzen über den Fatalismus einheimischer Verwaltungsroutine bis in die Praxis engagierter Solidaritätsarbeit. Die Flüchtlingsräte skandalisieren mit dieser Broschüre einmal mehr die mancherorts üblichen Diskriminierungstatbestände und appellieren an eine großzügige und human ausgestaltete Flüchtlingspolitik.

Zur Durchsetzung einer Politik, die die Zukunftschancen der Flüchtlinge nicht nur nach ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen sortiert, ist Unterstützung gefragt. Die Flüchtlingsräte laden ein, dabei mit zu tun.

Martin Link • Angelika von Loeper • Kai Weber
Dezember 2007

Impressum

Das Magazin **Flüchtlingsräte** erscheint bundesweit 1 x im Jahr und wird herausgegeben durch die **Flüchtlingsräte der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen** und den **AK Asyl Rheinland-Pfalz**.

In Niedersachsen erscheint das Heft als Nr. 121 des Magazins **Flüchtlingsrat**, in Schleswig-Holstein als Nr. 42 des Quartalsmagazins **Der Schlepper**, in Baden-Württemberg als Nr. 4/2007 des **Rundbriefes** und in Hessen als Ausgabe Winter 2007 der Zeitschrift **Gegenwehr**.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Andrea Dallek, Martin Link, Angelika von Loeper, Kai Weber (V.i.S.d.P.) **Layout:** Bernhard Karimi, Utrecht, Niederlande **Druck:** hansadruck, Kiel **Fotos** in diesem Heft: A.Dallek (S.55), U.Dreutler (S.5,6,7,8), S.Dünnwald (S.40), FR Thüringen (S.13), GraswurzelTV (S.36), C. Jakob (S.20,21), JOG Sachsen (S.29,49,50), K.Kopp (S.31), DavidQ/photocase.com (S.47), M.Pieruschek/photocase.com (S.51), K.Weber (Titel,S.25,26,42), D.Zirkel (S.32,34) • **ISBN:** 3-9811429-5-0 • **Der Schlepper online** im Internet: www.frsh.de/schlepp.htm • **Gefördert** durch den Europäischen Flüchtlingsfonds

Redaktionsadresse: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. • Oldenburger Str. 25 • D-24143 Kiel •
Tel.: 0431-735 000 • Fax: 0431-736 077 • schlepper@frsh.de • www.frsh.de

Bankverbindung: Flüchtlingsrat S.-H., EDG Kiel, KtoNr.: 152 870, BLZ: 210 602 37

